

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

Friedlicher Wettkampf zwischen West und Ost?

Der 4. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) im Mai 1955 in Wien stand unter ganz anderen Vorzeichen als der Kongreß 1953 in Stockholm. Kurz vorher war von den vier Außenministern aus West und Ost der Staatsvertrag für die kleine Donau-Republik unterzeichnet worden, der dem österreichischen Volke die Freiheit wiedergibt. Dieses Ereignis spielte in den Begrüßungsreden der österreichischen Staatsmänner und in den Antworten der Vertreter der Gewerkschafts-internationale naturgemäß eine große Rolle und schuf eine Atmosphäre der Verständigungsbereitschaft. Ganz anders war es in Stockholm. Stalin war erst wenige Wochen tot, und der elementare Ausbruch der Empörung der deutschen Bevölkerung der Sowjetzone gegen die Tyrannei der SED-Machthaber beeindruckte den Stockholmer Kongreß außerordentlich. Dieser Eindruck schlug sich damals in entsprechend scharfen Entschließungen gegen die östlichen Zwangsmethoden nieder.

Der Kongreß hat sich eingehend mit der Rüstungsfrage auseinandergesetzt. Die ursprünglich scharfen Resolutionsentwürfe wurden auf Grund des Wandels der weltpolitischen Atmosphäre, der in dem Abschluß des Staatsvertrages seinen Ausdruck fand, wesentlich gemildert. In der vom Kongreß einstimmig angenommenen Entschließung wird die allgemeine Abrüstung, das Verbot der Atomwaffen“ und Atomexperimente gefordert; die Politik der Sowjetregierung auf diesem Gebiet wird verurteilt. Von der durch den kubanischen Gewerkschaftsbund in einer Aufrüstungsentschließung vorgeschlagenen Formel, der IBFG-Kongreß solle „die Aufrüstung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen, da nur auf diesem Wege dem Vorrücken des kommunistischen Totalitarismus Einhalt geboten werden kann“, blieb nur übrig, daß die Demokratien ihre Fähigkeit, „Aggressionen und Krieg aufzuhalten . . . durch angemessene Verteidigungsmaßnahmen, verbunden mit einer fortschrittlichen, wirtschaftlichen und sozialen Politik“ steigern sollten. Die Verlagerung des Schwergewichts von der Aufrüstung auf die Abrüstung ging nicht ohne Debatten vor sich. Die Vertreter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL betonten zu Anfang, „zwischen Freiheit und Sklaverei gibt es keine Möglichkeit des Kompromisses“. Sie seien „bereit, für die Freiheit zu kämpfen“. Demgegenüber warnte der Sprecher des indischen Gewerk-

schaftsbundes, *Tripathi*, vor der großen Gefahr einer völligen Trennung von West und Ost. In den Kommissionssitzungen wandten sich auch die deutsche und englische Delegation energisch gegen die Stellungnahme zur Verteidigung der Demokratie, die den Eindruck erwecken könnte, als ob man über die Verteidigung hinausgehen wolle. Die Verständigungsbereiten, getragen hauptsächlich von den Delegierten Westeuropas und Asiens, konnten in dieser Frage eindeutig einen Erfolg verbuchen.

Das Hauptthema des Wiener Kongresses war aber die Hilfe für die jungen Gewerkschaften der, sogenannten unterentwickelten Gebiete. In dieser Frage gab es im Grundsatz kaum Meinungsverschiedenheiten. Im Vorstand des IBFG, in den Gewerkschaften der großen Industrieländer und auch in den noch schwachen Organisationen der unterentwickelten Gebiete Asiens, Afrikas und Latein-Amerikas ist man sich vollkommen klar darüber, daß in diesem Bereiche der Welt die entscheidende Schlacht zwischen Demokratie und Kommunismus geschlagen wird. Es soll, so wollte es der Kongreß, ein Kampf mit den friedlichen Mitteln der Aufklärung, der demokratischen Erziehung, der finanziellen und persönlichen Hilfe durch die Gewerkschaften der entwickelten Industrieländer an diejenigen der unterentwickelten Gebiete sein. Die natürliche Pflicht zur Solidarität trifft sich hier mit dem, wie es der Präsident des IBFG, *Omer Becu*, nannte, „Instinkt der Selbsterhaltung“ der bessergestellten Länder, deren Wohlstand durch die Armut der anderen ständig bedroht wird. So beschloß der Kongreß eine Erhöhung des Beitrages um einen Dollar-Cent je Mitglied und Jahr zum Zwecke der Hilfe für die jungen Gewerkschaftsbewegungen, was etwa 90 vH des bisherigen Beitrages ausmacht. Damit beseitigte er auch voraussichtlich das Übel der Bevormundung schwacher Gewerkschaftszentralen durch finanzstarke, das auf Grund der bisherigen freiwilligen Hilfeleistung mehr und mehr einzureißen drohte. Jetzt wird die Internationale nach objektiven Gesichtspunkten der weltweiten Gewerkschaftsbewegung über Hilfsmaßnahmen entscheiden und diese aus dem Bereich der nationalen Sonderinteressen einzelner Länder herausführen.

Über Reste der Kolonialpolitik gab es auf dem Kongreß einige Auseinandersetzungen, so zum Beispiel zwischen der französischen Delegation und dem Vertreter des gerade erst dem IBFG angeschlossenen marokkanischen Gewerkschaftsbundes. Die Franzosen gerieten dabei in eine peinliche Situation, als sie einer Kompromißentschließung noch eine schärfere Verurteilung der terroristischen Gewaltakte einfügen wollten. Sie bekamen von dem Vertreter Marokkos zu hören, daß es nicht allein genüge, die Gewalttaten zu verurteilen, man müsse auch die Wurzeln der Gewaltanwendung austilgen,

denn Unterdrückung schaffe Gewalttat. Mit den deutschen und amerikanischen Stimmen wurde der Abänderungsantrag der französischen Delegation durch die große Mehrheit des Kongresses niedergestimmt. Wesentlich besser schnitt der Sprecher der englischen Delegation, *Sir Vincent Tewson*, ab, als er sich mit den Einwänden gegen die britische Politik auseinandersetzte, die von Delegierten aus Britisch-Guayana und von der Mittelmeerinsel Cypern erhoben wurden. Er sprach von der Notwendigkeit eines organischen Aufbaues der Demokratie in unterentwickelten Gebieten und der Gefahr, daß einmal Geschaffenes von einzelnen Personen für politische oder persönliche Zwecke mißbraucht werde, solange das Wissen über die Demokratie noch nicht stark genug sei. Zu Cypern meinte er, daß es hier um den Anschluß an Griechenland gehe, eine Politik, die von der griechisch-orthodoxen Kirche getragen werde. Bei der Debatte dieses entscheidenden Themas des Kongresses wurde ganz klar, daß die politische Unabhängigkeit allein nicht ausreicht, um die bisher kolonialen Gebiete vor der Gefahr kommunistischer Unterwanderung oder dem Auferstehen des wirtschaftlichen Feudalismus, meist verbunden mit der Herrschaft reaktionärer Militärcliquen, zu bewahren. Für die Art, wie ein Kampf um nationale Unabhängigkeit verbunden werden kann mit dem Ringen um wirtschaftliche Selbständigkeit und soziale Demokratie, führte der Generalsekretär des Tunesischen Gewerkschaftsbundes, *Ben Salah*, das Beispiel seines eigenen Landes an.

Wenn im Kongreß der Totalitarismus behandelt wurde, so waren auch immer die Diktaturen in der westlichen Hälfte der Welt mit eingeschlossen, so Venezuela, Franco-Spanien, das peronistische Argentinien u. a. Aber kein Beobachter konnte darüber im Zweifel sein, daß die Auseinandersetzung, „der Wettlauf der Zeit“, wie Becu es einmal ausdrückte, im wesentlichen zwischen Demokratie und Kommunismus ausgetragen wird. Wie sollen nun die Methoden dieses weltweiten Wettstreites aussehen? Wir führten schon einige Meinungen an: Die Politik der Stärke, wie sie die Delegierten der AFL und die kubanische Resolution wünschten, die vom Kongreß beschlossene Verstärkung der Hilfe für die unentschlossenen zwischen West und Ost stehenden Völker und ihre Gewerkschaftsbewegungen, der Kampf um die Abrüstung, getragen von den europäischen und asiatischen Delegationen (hier auch besonders den Japanern, die das Atomwaffenverbot forderten). Fügen wir noch zwei Meinungen hinzu, die besonders klar den Wandel erkennen lassen, den die Weltmeinung in den letzten zwei Jahren durchmachte und der u. a. gekennzeichnet ist durch die große Bandung-Konferenz der asiatisch-afrikanischen Völker. Der General-

sekretär des Belgischen Gewerkschaftsbundes, *Louis Major*, sagte über eine wirksame Propaganda gegen den Kommunismus, daß sie wahrheitsgetreu und aufrichtig sowie unabhängig von Regierungseinflüssen sein müsse. Bessere Lebensbedingungen seien das beste Mittel gegen Diktaturen. Der schon einmal zitierte Generalsekretär des Indischen Gewerkschaftsbundes bekannte sich zur individuellen Freiheit. Man dürfe sich aber vor Kontakten mit der kommunistischen Welt nicht fürchten und meinen, daß man sich durch das Anfassen von Kommunisten gleich rot färbe. *Tripathi* wies darauf hin, daß er selbst eine Einladung nach China angenommen habe. — In einem anderen Zusammenhang mißbilligte der Kongreß die Aufnahme von jugoslawischen Gewerkschaften in die beiden Internationalen Berufssekretariate der Berg- und Bauarbeiter.

Über die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen gab es nur wenig Meinungsverschiedenheiten. Folgende Hauptgesichtspunkte schälten sich heraus: die Unmöglichkeit, den Landesorganisationen in der Lohnpolitik oder bei anderen Kollektivverhandlungen durch die Internationale Vorschriften zu machen; die Übereinstimmung darüber, daß sich die Regierungen möglichst wenig in solche Kollektivverhandlungen einmischen sollen; die Vollbeschäftigung als ein Hauptziel gewerkschaftlicher Wirtschaftspolitik und schließlich die Feststellung des Vertreters des Norwegischen Gewerkschaftsbundes, *Nordahl*, daß die Zeit für den Kampf um die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Unternehmen reif sei. Die amerikanischen Gewerkschafter lehnten für ihren Bereich die Übernahme von Verantwortung durch die Arbeitnehmer in den Betrieben ab, weil sonst eine klare Interessenvertretung der Arbeitnehmer nicht mehr möglich sei. Der IBFG-Kongreß hat sich aber nicht gegen die Mitbestimmung ausgesprochen. Der Vizepräsident der AFL, *Mac Gowan*, betonte ausdrücklich, daß Mitbestimmung und Verstaatlichung in manchen Ländern notwendig sein könnten, um die Unternehmer in ihre Schranken zu weisen und eine reaktionäre Entwicklung zu verhindern. Der Kongreß nahm eine Entschliebung an, worin den Gewerkschaften die Unterstützung des IBFG zugesichert wird, die um das „Mitspracherecht in verstaatlichten und privaten Betrieben kämpfen“. Die deutsche Delegation erklärte durch *Walter Freitag*, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung weiter den Weg der Mitbestimmung in der Wirtschaft gehen werde, ungeachtet aller Anwürfe gewisser Unternehmerkreise.

Walter Freitag wurde als ordentliches Mitglied in den Vorstand des IBFG gewählt; als Ersatzmitglieder wurden *Matthias Fächer* und *Ludwig Rosenberg* bestellt.

Kurt Brumlop